

Israel und die palästinensischen Gebiete: Eindrücke und Erkenntnisse im April und Mai 2013

von Reiner & Judith Bernstein¹

Im Frühjahr 2013 stand das in Jerusalem erscheinende „Palestine-Israel Journal“ ganz im Zeichen der jungen Generation: Die Berichte und Diskussionen palästinensischer und israelischer Autoren und Aktivisten widmeten sich dem Frieden zwischen beiden Völkern. Entsprechend düster fielen ihre Prognosen aus. Denn sie konnten und wollten nicht darüber hinwegsehen, dass ihre Gesellschaften des Konflikts überdrüssig sind und den eigenen Lebensalltag in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit stellen – eine Entscheidung, der auch Erwachsene folgen.

Dass nach Erkenntnissen der Friedrich-Naumann-Stiftung in Jerusalem, vorgetragen beim Besuch von Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger im Mai 2013, die junge Generation dialogbereiter sei als ihre politischen Führungen und sich nicht mit der Stagnation und der Konfrontation abfinde, ist schwer nachzuvollziehen. Denn bisher sitzen in den Friedensgruppen, getrennt oder gemeinsam, immer dieselben Leute zusammen. Unter den Israelis gehen die Bezeichnungen „Judäa und Samaria“ flott von den Lippen. Jene Israelis, die gestern den Frieden zwischen beiden Völkern beschworen, würden am nächsten Morgen am Checkpoint

¹ Der Bericht ist nach dem 27.05.2013 durch aktuelle Nachrichten und durch den Blick in die einschlägige Literatur ergänzt worden. Wenn nicht anders vermerkt, sind die Zitate aus den Zeitungen den Internet-Ausgaben entnommen. Ich vermeide die Bezeichnung „Palästina“, weil sie den Eindruck politisch-souveräner Ebenbürtigkeit vermittelt. Der Einwand, damit würde dem palästinensischen Volk den Anspruch auf einen souveränen Staat verweigert, stößt sich an der ideologischen, politischen und demographischen Empirie, für die die israelische Politik gesorgt hat. Die Autoren Ilan Pappé und Jamil Hilal (2013) bezeichnen den üblichen Sprachgebrauch als verfehltes „Paradigma der Gleichheit“ und denen es auf das Verhältnis der jüdischen zur arabischen Bevölkerung Israels aus.

palästinensische Kinder, Frauen und Männer kontrollieren, wurde beklagt; die Trennung zwischen Zivilisten und Soldaten verschwimmt. Bei den Palästinensern sind die BDS-Kampagnen nur eine spezifische Form des gewaltlosen Widerstandes.

Ilan Baruch, der auf der israelischen Seite für die Überwachung der Interimsvereinbarung („Oslo II“) verantwortlich war und nach seiner Zeit als Botschafter in Südafrika heute dem bilateralen „NGO Peace Forum“ angehört, hat eingeräumt, dass *„die junge Generation in Palästina“* zur Beendigung aller Bemühungen aufgerufen habe, „people-to-people“-Projekte fortzuführen. *„Palestinian youngsters refuse to touch anything associated with Israel and Israelis.“* (Baruch 2013) Bei anderen ist eine Einstellung auf dem Vormarsch, die das „Journal“ mit der Aussage zitierte, dass

„wir mit und ohne Gewalt verlieren. Ohne Gewalt verlieren wir mehr. Und deshalb sagen die Leute, mit Gewalt verliere ich wenigstens nicht meine Würde. Und ohne Gewalt verliere ich alles.“

Obwohl die jüdische Gesellschaft Israels wie nie zuvor kulturell, religiös, und sozial zerrissen ist, *„profitieren wir alle von der Besatzung“* (Matar 2013). Die nach 1967 entstandenen Siedlungen in und um Jerusalem sind für die große Mehrheit sakrosankt. 74 Prozent – von denen sich 50 Prozent als säkular, 21 Prozent als religiös oder ultraorthodox und 29 Prozent als religiös-konservativ bezeichnen – lehnen eine palästinensische Hauptstadt in irgendeinem Teil Jerusalems ab (Lazaroff 2013). Die in Jerusalem und in Ramallah stationierten EU-Generalkonsuln und Missionschefs befanden in ihrem Jahresbericht 2012, dass die „systematische, vorsätzliche und provokative“ Wohnungsbaupolitik in Ost-Jerusalem dazu führe, dass dieser Stadtbereich für einen künftigen Staat Palästina verloren sei.

Die Siedler, die sich auf die offene oder stillschweigende Unterstützung vieler Ministerien und Behörden verlassen können, bilden die stärkste „pressure group“ im politischen System Israels. Aufgrund ihrer nationalistischen Komponenten reicht ihr Einfluss weiter als der der Ultraorthodoxie mit ihrer begrenzten Interessen-Agenda. Im April 2013 kamen bei einer Umfrage die Palästinenser unter den sieben wichtigsten Fragen an die Regierung nicht vor: An der Spitze stand die Forderung, die sozioökonomische Kluft zu schließen, am Ende rangierte der Schutz der Umwelt (Peace Index: April 2013).

Dennoch lösen die Äußerung von Justizministerin Tsipi Livni, dass pro Jahr mehr als 1 Milliarde Neue Shekel² einzusparen seien, die allein in isolierte Siedlungen fließen, und dass der Verteidigungshaushalt um 15 Milliarden Neue Shekel gekürzt werden könne (Arlosoroff/Kleinbail), keine messbare öffentliche Reaktion aus. Gleiches gilt für gemeinsame Appelle von Palästinensern und Israelis zugunsten eines diplomatischen Prozesses in der Region, für einen Appell wie den liberaler Juden und Israelis sowie für Aufrufe des Weltkirchenrates („If you care...“; Beit Hanina Statement 2013; The [Palestinian] Center for Democracy & Community Development [and the] Israeli Peace Initiative 2013; World Council of Churches – The Middle East Council of Churches 2013).

Auch das von Dan Meridor, dem liberalen Aushängeschild des „Likud“, befürchtete Damokles-Schwert über Israel (Bronner 2013) nimmt niemand ernst. Für den Kommentator Ari Shavit hingegen bedeutet die Fortsetzung der Besatzung das Ende Israels (Shavit 2013). Bei der Entgegennahme eines Preises in Jerusalem sah sich der „reueuse Zionist“ Leon Wieseltier zu der Warnung veranlasst, dass der Staat ohne eine Lösung des israelisch-palästinensischen

² Dem Umrechnungskurs des Neuen Shekel zum Euro liegt die Berechnung von 4,70 NIS zu 1 € zugrunde.

Konflikts nicht lange überleben werde (Burston 2013). Ähnlich äußerte sich die „Conference of Major American Jewish Organization“: In den USA sei die öffentliche Stimmung für Israel nicht garantiert, wenn der Nahe Osten „explodiert“ (Sokol 2013).

Die Mahnung sollte auch in Europa ernst genommen werden. Wenn Israel, wie Stefan Kornelius schreibt, für Angela Merkel „zum Fundament ihres außenpolitischen Koordinatensystems“ gehört und – nicht nur im Falle Russlands – die Außenpolitik stark personalisiert sei, dann ist „Emotion pur“ (Kornelius 2013) für den Fortbestand dieses Staates ungemein gefährlich. So wie die Pflege der Beziehungen zu den Überlebenden der Shoah und ihren Kindern in Deutschland selbstverständlich ist, so sollte sich die Bundeskanzlerin entscheiden, welches Israel ihre „Faszination“, um noch einmal auf den Leiter der außenpolitischen Redaktion der „Süddeutschen Zeitung“ zurückzukommen, auslöst. Bis dahin unterschätzt sie dramatisch die religiös-nationalistischen Grundlagen der „Land-Israel“-Ideologie, die sich entgegen allen anderslautenden Behauptungen nach dem Junikrieg 1967 durchgesetzt hat (Reiner Bernstein 2000).

Ramallah auf Bewährungsprobe

In großen Teilen der palästinensischen Bevölkerung wird Machmud Abbas, dessen Amtszeit bereits 2009 enden sollte, als Kollaborateur der israelischen Politik und der sie stützenden westlichen Regierungen betrachtet – womit ironischerweise Behauptungen aus dem israelischen Kabinett bestätigt werden, „Abu Mazen“ sei aufgrund seiner geringen Autorität kein Partner. Aus den eigenen Reihen wird ihm vorgehalten, dass er sich ständig auf Auslandsreisen befinde und zu Alleingängen neige, die selbst seine engsten Mitarbeiter zu spüren bekämen, anstatt den Dialog mit der Bevölkerung zu suchen. Politische Initiativen wie die Ankündigung,

den Gang zum Internationalen Gerichtshof in Den Haag einzuschlagen, werden von ihm zurückgenommen, wenn Washington darin eine Behinderung neuer Gespräche mit Israel zu erkennen glaubt. Mit Entscheidungen wie diesen werde die nationale Würde in den Schmutz gezogen, ist in Ost-Jerusalem und in der Westbank zu hören.

Gleichwohl kann die israelische Besatzung nicht für alle eigenen Fehler und Versäumnisse erhalten. Anfang Mai ließ der noch amtierende Salam Fayyad die tiefe Enttäuschung über Abbas' Amtsführung anklingen:

„Unsere Geschichte ist eine Geschichte einer verfehlten Führung, und zwar von Anbeginn. Es ist unglaublich, dass das Schicksal des palästinensischen Volkes in den Händen von Führern liegt, die so beiläufig handeln [und] sich so von spontanen Entscheidungen ohne Ernsthaftigkeit leiten lassen. Wir haben keine Strategie, sondern wir entscheiden taktisch und werden Opfer unserer eigenen Rhetorik.“ (Cohen 2013)

In einer Meinungsumfrage stimmte die Hälfte der Kritik Fayyads an der palästinensischen Führung zu, obgleich zwei Drittel seinen Amtsverzicht zugunsten des neuen Ministerpräsidenten Rami Hamdallah begrüßten (Palestinian Opinion Poll 2013).

Fayyad hatte eine Diskussion aufgenommen, die 2006 den amerikanisch-palästinensischen Historiker Rashid Khalidi zu der rhetorischen Frage veranlasst hatte, warum es die Palästinenser als das nach den gängigen Indizes entwickeltste Volk unter den Arabern und mit einer ausgeprägten Identität seit den 1920er Jahren im Gegensatz zu ihren Nachbarn nicht geschafft hätten, ihre nationalen Ansprüche zu realisieren. Khalidi kam zu dem Ergebnis, dass die palästinensische Elite hoffnungslos zerstritten war und dass 1994 die Führung der PLO aus dem tunesischen Exil zurückkehrte,

ohne auf die Schaffung eines unabhängigen Staates vorbereitet zu sein (Khalidi 2006) – eine Einschätzung, die von anderen geteilt wurde (Hilal 1993; Palestinian notables 1994).

Sieben Jahre später beklagte ein aus den USA zurückgekehrter Geschäftsmann, dass die autoritär geführte Autonomiebehörde regelmäßig einen schwachen Repräsentanten nach Washington in der Überzeugung entsandt habe, dass direkte Kontakte zum Weißen Haus den Ausschlag geben und weil die Fakten in den palästinensischen Gebieten für sich selbst sprechen (Hass 2013). Denn schließlich würden allein die 120 Siedlungen in der Zone C rund 2.400 Quadratkilometer belegen – fast ein Drittel der Westbank (B'tselem 2013).

Für palästinensische Beobachter hat sich die Menschenrechtslage seit 2011 durch Folterungen und Misshandlungen im Polizeigewahrsam und in Gefängnissen erheblich verschlechtert. Die mit internationaler Hilfe aufgebauten palästinensischen Polizei- und Sicherheitskräfte tun ein Übriges, um den Verdruss und die Enttäuschung zu unterdrücken: Sie werden auch für die teils gewaltsame Auflösung politisch unliebsamer Straßenproteste eingesetzt. Kritiker gehen so weit, Tendenzen eines Polizeistaates zu erkennen.

Andererseits scheinen sich vor allem in Ost-Jerusalem und in der Tourismusbranche palästinensische Geschäftsleute und Händler inmitten des politischen Immobilismus einzurichten. Der Durchschnittsverdienst soll im Vorjahr in den Siedlungen bei 160,5 NIS pro Tag gelegen haben, während anderenorts 84,8 NIS gezahlt wurden; im Gazastreifen waren es nur 60,2 NIS pro Tag (Palestine Monitor 2012). Auch steige die Zahl derer, heißt es, die sich wegen der sozialpolitischen Vorteile um die israelische Staatsbürgerschaft bemühen und dafür die Schattenseiten in Gestalt ihrer politischen und juristischen Nachordnung in Kauf nehmen.

Ende April 2013 billigte die Autonomiebehörde den neuen Haushaltsplan mit einem Volumen von über 3,8 Milliarden US-Dollar. Davon sind 1,8 Milliarden für die Bezahlung von Dienstleistungen und für die Gehälter von 145.000 Angestellten – davon 62.000 im Gazastreifen – unter Einschluss von rund hunderttausend Palästinensern aus der Zeit der ersten und zweiten „Intifada“ eingesetzt. Der aufgeblähte Personalbestand im öffentlichen Dienst behindert die Entwicklung einer Gesellschaft mit selbsttragenden Profilen. Die hohen Millionenbeträge, die der Autonomiebehörde jährlich aus dem Ausland zufließen, stellen nicht einmal die Gehaltszahlungen der Angestellten des öffentlichen Dienstes und der Angehörigen der Sicherheitskräfte sicher.

Effizienz ist vielerorts trotz der direkten und verblühten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ein Fremdwort geblieben. Auch dass die Zahl von 20 Ministern plus Kabinettssekretär im neuen Kabinett unter Rami Hamdallah, der nach zwei Wochen am 19. Juni zurücktrat, weil er sich von Seiten des Präsidenten in seiner Amtsbefugnis nicht hinreichend gewürdigt sah, lässt sich kaum begründen. Dass nach der Beendigung der Besatzung alles besser werde, klingt deshalb wenig überzeugend. Für den heute an der University of California in Davis lehrenden Politologen Zeev Maoz hätten Israels Gegner aus den Defiziten und Fehlern der Regierungen in Jerusalem keinen durchschlagenden Erfolg erzielt, weil sie noch inkompetenter, noch kurzsichtiger und noch böswilliger als die Israelis handelten: *„Mit solchen Feinden können wir uns ein paar Fehler erlauben.“*

Potemkin'sche Trugbilder allerorten

Am 03. Juni 2013 kündigte die Regierung in Jerusalem einen vermeintlichen Tabubruch an: 400 arabische Lehrer sollen in

jüdischen Schulen dem dortigen Lehrkräftemangel abhelfen. Entgegen ideologisch gesättigten Vorstellungen bleibt ein gemeinsamer jüdisch-arabischer Staat oder eine Konföderation mit Jordanien, welche – sollte das haschemitische Königshaus Bestand haben – das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser voraussetzen würde, ebenso unerreichbar wie inzwischen die Zweistaatenregelung (Judith Bernstein 2013). Die in die öffentliche Diskussion zurückgekehrte Arabische Friedensinitiative vom März 2002 leidet darunter, dass die Kernstaaten Ägypten, Syrien und Jordanien politisch handlungsunfähig sind.

Mit Ausnahme der Extremisten auf beiden Seiten ist weder die Regierung in Jerusalem noch die Autonomiebehörde auf einen Tag X strategisch-planerisch vorbereitet. Dabei wäre es höchst angebracht, in eine „neue visionäre Richtung“ vorzustoßen, wie sie die renommierte Politikwissenschaftlerin für internationale Angelegenheiten Anne-Marie Slaughter, ehemals Chefin des Planungsstabs im State Department, mit dem Verweis auf das Modell der Europäischen Union vorgetragen hat: Die Bürger der Mitgliedsstaaten könnten überall unter Beibehaltung ihrer staatlichen Zugehörigkeit und kulturellen Identität leben und arbeiten (Slaughter 2013).

Kerrys für Mitte Juni angekündigte Reise in den Nahen Osten wurde erst einmal verschoben, nachdem er die Entscheidung über den israelisch-palästinensischen Frieden „in wenigen Tagen“ heraufziehen sah. Zu den Gründen Washingtoner Fehlschläge dürften die Verwerfungen in der Administration gehören, in der es selbst Hillary Clinton schwerfiel, sich Gehör zu verschaffen. Auch für ihren Amtsnachfolger stellt sich die Frage, ob er auf Obama bauen kann. Jedenfalls schweigt der Präsident seit seiner Rede am 21. März in Jerusalem beharrlich. Dass die Leitung des von Kerry am 26. Mai verkündeten 4-Milliarden-Dollar-Programm für die

palästinensische Wirtschaft ausgerechnet in den Händen des politisch glücklosen Tony Blair liegt, ist keine Ermutigung.

Nach den Erfahrungen und den Analysen von Diplomaten und Wissenschaftlern wie Chalmers Johnson, Aaron David Miller, Daniel C. Kurtzer/Scott B. Lasansky, James Mann, Gideon Rachman, Thomas L. Friedman/Michael Mandelbaum, Edward Luce, Robert J. Lieber, Martin Indyk/Kenneth G. Lieberthal/Michael O'Hanlon sowie Vali Nasr sind die Parallelstrukturen, Rivalitäten und die mangelnde Koordination zwischen dem Weißen Haus, dem Pentagon und dem State Department – mit der Folge schwerwiegender strategischer Lücken – so notorisch, dass selbst hochrangig angesiedelte Berater häufig der Verzweiflung nahe sind, wenn der Präsident und der engste Kreis um ihn sie auflaufen lässt.

Obama habe eindeutig nicht über eine umfassende diplomatische Strategie nachgedacht, die einen angemessenen Kontext und einen entsprechenden Rahmen für Kompromisse beider Seiten hätte schaffen können (Nasr 2013). Das Bekenntnis, dass den USA der Luxus fernliege, sich vom israelisch-palästinensischen Konflikt abzuwenden (Burns 2013), hat zu viele Vorläufer. So bleibt es bei Obamas Ankündigung vom Januar 2013, wonach die Regierung in Jerusalem zwar in Sachen diplomatischer Unterstützung in Kürze einen bedeutsamen Wandel verspüren werde, aber die militärische Hilfe nicht zur Debatte stehe (Ravid 2013). Am 09. Juni 2013 bewilligte der Streitkräfteausschuss des Repräsentantenhauses 488 Millionen US-Dollar für Israel zum Kauf von Raketen- und Flugabwehrsystemen. Die Schlussfolgerung liegt also nahe, dass europäische Erwartungen an die Führungskraft Amerikas mit den politischen Erfahrungen nicht in Einklang zu bringen sind. *„Das blinde Vertrauen in die Wirksamkeit der US-Diplomatie in der Vergangenheit hat die Kreativität und die Führung seitens anderer Quellen in die Sackgasse manövriert“*, so der britische Historiker Tony Klug im Juni auf einer Konferenz in Amman (Klug 2013).

Netanjahu ohne weitere Probezeit

Netanjahus Behauptung

„Israel ist eine Insel der Vernunft, des Maßhaltens und des Verlangens nach Frieden. Es gibt weder einen Staat, der sich mehr als Israel nach dem Frieden sehnt, noch einen Staat, der mehr als Israel für den Frieden getan hat.“ (Keinon/Paul 2013)

ist kaum vertrauenserweckend. Zudem stößt sie sich an dem grundlegenden Widerspruch, gleichzeitig demokratisch und jüdisch sein zu wollen. Denn abgesehen von den Rückwirkungen auf die Bürger arabischer Volkszugehörigkeit läuft die Definition „jüdisch“ auf einen Religionsstaat hinaus, der die Gründungsgeschichte des Zionismus auf den Kopf stellt, wie jüngst noch einmal ausgeführt worden ist:

„Der Zionismus träumte von einem Staat für die Juden, nicht von einem jüdischen Staat: von einem Zufluchtsort für Angehörige des jüdischen Volkes, nicht von einem Staat mit einer offiziellen Religion wie im moslemischen Saudi-Arabien. Die Balfour-Deklaration [vom November 1917] versprach eine nationale Heimstätte, keine religiöse. In israelischen Personalausweisen bezeichnet ‚jüdisch‘ eine Nationalität.“ (The Jewish coercion)

Die Anhänger des „Yeshiva-Nationalismus“ (Hazony 1996) hielten dagegen: „Wir haben 2000 Jahre überlebt, und werden auch diese geistliche Zerstörung [durch den politischen Zionismus] überstehen.“ (Kershner 2013) In den vergangenen Jahren ist der Einfluss nationalreligiöser Siedler im Offizierskorps und in Eliteneinheiten erheblich gestiegen – was der Debatte um die Wehrpflicht ultraorthodoxer junger Männer einem besonderen Beigeschmack

gibt. Allgemein betrachtet, ist seit den 1980er Jahren eine auffallende Wanderungsbewegung ins nationalistische und religiöse Lager festgestellt worden (Lybarger 2007).

Während des jüngsten Besuchs von Frank-Walter Steinmeier in Jerusalem sind weitere 1.100 neue Wohneinheiten in den Vororten Ramot und Gilo genehmigt worden oder befinden sich im Planungsstadium. Der einstige Außenminister dürfte nicht vergessen haben, dass ihn seine Amtskollegin Tsipi Livni am 11. Januar 2009 mit den Worten zurechtwies, dass allein Israel darüber entscheide, wann die Militäroperation gegen den Gazastreifen beendet werde. Steinmeier hatte es gewagt, seine Kollegin auf die „humanitäre Situation“ nach dem israelischen Raketenbeschuss aufmerksam zu machen.

Mahnung und Kritik

Nur allmählich beginnt eine gemeinsame europäische Position Gestalt anzunehmen (Bardenstein/Kam 2013). Vor zwei Jahren schlug der für die Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissar Stefan Füle einen deutlichen Tonfall an, als er die Aufwertung der Beziehungen zu Israel mit Fortschritten im Friedensprozess – der in Israel nur noch unter dem Begriff „politischer Prozess“ läuft – verknüpfen wollte. Unvergessen ist der spöttische Ausruf eines israelischen Journalisten über die kraftlose Kontrolle der zu Kontrollierenden.

Rodungen von Baumplantagen, die Requirierung von Häusern und Nutzflächen sowie die Zerstörung von Zisternen und Solaranlagen in den Bergen südlich Hebrons, welche die Europäer mit 29,4 Millionen Euro finanzierten, sind nicht gebannt, und die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Antwort der Fraktion „Bündnis 90/Die Grünen“ zur Kennzeichnung von Produkten aus den jüdischen

Siedlungen für den europäischen Markt kann nur befriedigen, wenn ihr Taten folgen, wie sie der frühere Generaldirektor im Auswärtigen Amt Alon Liel angemahnt hat (Liel 2013).

Bei seinem Besuch in Jerusalem warnte Litauens Außenminister Linas Linkevicius – Vilnius übernimmt ab dem 01. Juli 2013 für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft – davor, dass alle Güter boykottiert werden könnten, sollte die israelische Regierung auf ihrem Rechtsstandpunkt beharren, dass die palästinensischen Gebiete Teil der Innenpolitik bleiben (Herb Keinon/Steve Linde 2013). Solange sich die Europäer politisch nicht bewegen, werden sie in Israel als Dienstleister und Hilfskräfte bei der Durchsetzung dortiger Vorstellungen erhalten – wie beim Ansinnen, die Bundesregierung möge auf die eigene Kandidatur im UN-Sicherheitsrat ab 2019 verzichten (Keinon 2013). Die Wahrnehmung von Schwäche endet in der Verachtung ihrer Träger.

Den demokratischen Kräften in Israel und unter den Palästinensern ist es nicht gelungen, ein gemeinsam getragenes Alternativprogramm vorzulegen und dafür wirksam zu werben. Solange die den ideologischen Arsenalen entstammende Maxime „Klarheit vor Einheit“ die Oberhand behält, betrachtet jede Friedensgruppe ihr eigenes Profil als ausschlaggebend und unverzichtbar. In Israel fehlt den Aktivisten, Intellektuellen sowie den ehemaligen Angehörigen des politischen Establishments und den Veteranen der Sicherheitsdienste, die aus Sorge um ihr Land die politischen Fronten gewechselt haben, die Unterstützung der Bevölkerungsbasis. Auf der palästinensischen Seite unterliegt die Autonomiebehörde einem Erosionsprozess ihres öffentlichen Ansehens, der die internationale Diplomatie nicht davon abhält, sie als alternativlos zu behandeln. Während im Falle Israels der Hinweis schnell bei der Hand ist, dass ‚wir schließlich nicht gegen eure Mehrheit Politik betreiben können‘, wird in Bezug auf die Westbank

mit gegenteiligen Rechtfertigungen argumentiert. Für die internationale Diplomatie steht die Glaubwürdigkeit auf dem Spiel.

Eingesehene Veröffentlichungen:

Arlosoroff, Meirav, and Sivan Klingbail: Livni talks to Haaretz about politics, economics, and the ‚greatest tragedy facing Israel,‘ in „Haaretz“ 18.01.2013.

Association of International Development Agencies: Failing to Make the Grade. Dazu Amira Hass: Development agencies slam EU’s inaction over Israel’s Area C policies, in „Haaretz“ 26.05.2013, S. 2; Aid groups urge EU to fulfil commitments to Palestinians, in „The Jerusalem Post“ 26.05.2013, S. 4.

Bardenstein, Eli, and Zeev Kam: Europäische Vertreter zu Netanjahu: Wenn Sie in Jerusalem weiter bauen, werden wir die Palästinenser im Haag unterstützen, in „Maariv“ 06.06.2013 (Hebr.).

Bar’el, Zvi: How dare Peres trust Abbas, in „Haaretz“ 29.05.2013.

Baruch, Ilan: Preparing for peace in a cold climate, in „The Jerusalem Report“ 01.07.2013 (Vorabdruck).

Beit Hanina Statement: Call for a Regional Peace Process, March 18, 2013, ed. by the „Middle East Civil Society Leaders“.

Bernstein, Judith: Frieden adé. München, 03.06.2013, via www.judith-bernstein.de (Menüleiste „Publikationen“). Der Kommentar ist nach Rückkehr aus dem Nahen Osten in mehreren deutschen und seine englische Fassung in verschiedenen ausländischen Internet-Foren erschienen.

Bernstein, Reiner: Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000.

Bronner, Eitan: What Mideast Crisis? Israeli Have Moved On, in „The New York Times“ 25.05.2013.

B’tselem: Acting the Landlord: Israel’s Policy in Area C, die West Bank. June 2013.

Bündnis 90/Die Grünen: Importe von Produkten aus israelischen Siedlungen in der Westbank in die Europäische Union. Bundestagsdrucksache 17-13339 vom 29.04.2013.

- Burns, William J.: America and a Changing Middle East. Remarks [by] William J. Burns, Deputy Secretary of State. Princeton, New Jersey, May 6, 2013.
- Burston, Bradley: How long does Israel have left to live? (a self-test), in „Haaretz“ 11.06.2013.
- The [Palestinian] Center for Democracy & Community Development [and the] Israeli Peace Initiative: Redefining a New Middle East Regional Diplomatic Process. Brainstorming Task Force Project (February–April 2013)—Minutes of Meetings. April 8, 2013.
- Cohen, Roger: Fayyad steps down, not out, in „The International Herald Tribune“ 04./05.05.2013, S. 6.
- EU Heads of Mission Jerusalem Report 2012.
- Friedman, Thomas L., and Martin Mandelbaum: That Used to Be Us: How American Fell Behind in the World It Invented and How We Can Come Back. New York 2011.
- Hass, Amira: Palestinian-American: A new strategy is needed for Palestinian advocacy in U.S., in „Haaretz“ 21.03.2013 (Gespräch mit dem Geschäftsmann Sam Bahour).
- Hasson, Nir, and Jonathan Lis: Netanyahu: Settlement construction will continue, but Israel must be smart, in „Haaretz“ 11.06.2013.
- Hazon, Yoram: The Zionist Idea and Its Enemies, in „Commentary“ 101(May 1996)5, S. 30 ff.
- Hilal, Jamil: PLO Institution: The Challenge Ahead, in „Journal of Palestine Studies“ # 89, XXIII(Autumn 1993)1, S. 46 ff.
- „If you care about Israel, silence is no longer an option. A call for action from Israel.“ 22 March 2013.
- Indyk, Martin S., Kenneth G. Lieberthal and Michael O’Hanlon: Bending History. Barack Obama’s Foreign Policy. Washington, DC, 2012.
- International Crisis Group: Buying Time? Money, Guns and Politics in the West Bank. Middle East Report № 142, 29 May 2013.
- The Jewish coercion administration, in „Haaretz“ 22.05.2013, S. 5.
- Johnson, Chalmers: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie. München 2003.

Keinon, Herb: Germany to compete with Israel for 2019 UN Security Council seat, in „The Jerusalem Post“ 13.05.2013, S. 10.

Keinon, Herb, and Steve Linde: Lithuanian FM: Israel should take demands to label settlement goods ‚very seriously,‘, in „The Jerusalem Post“ 22.05.2013, S. 1 + 10.

Keinon, Herb, and Jonny Paul: Hawking needs to study the true facts about Israel, says PM, in „The Jerusalem Post“ 10.05.2013, S. 6. Anlass der Bemerkung Netanjahus war die Absage des britischen Physikers Stephen Hawking, einer Einladung zur „President’s Conference“ in Jerusalem Folge zu leisten.

Khalidi, Rashid: The Iron Cage. The Story of the Palestinian Struggle for Statehood. Boston 2006.

Klug, Tony: ‚Time for the Operationalization of the Arab Peace Initiative.‘ Presented by Tony Klug at the Conference held in Amman, Jordan, 7-9 June 2013.

Kornelius, Stefan: Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Welt. Hamburg 2013.

Kurtzer, Daniel C., and Scott Lasansky: Negotiating Arab-Israeli Peace. American Leadership in the Middle East. Washington, DC, 2008. Eine Besprechung des Buches ist in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage verfügbar.

Lazaroff, Tovah: Poll: 72% of Jewish Israelis view J’lem as divided, in „The Jerusalem Post“ 06.06.2013.

Lieber, Robert J.: Power and Willpower in the American Future. New York 2012.

Liel, Alon: Israels wahre Freunde, in „Die Zeit“ 06.06.2013. Dazu Willem-Gert Aldershoff and Michael Waelbroeck: Europe, stop appeasing Israel: Settlement goods are not ‚Made in Israel‘, in „Haaretz“ 11.06.2013.

Luce, Edward: Time to Start Thinking: America in the Age of Descent: New York 2012.

Lybarger, Loren D.: Identity and Religion in Palestine. The Struggle between Islamism & Secularism in the Occupied Territories. New Jersey 2007.

Mann, James: The Obamians. The Struggle inside the White House to Redefine American Power. New York 2012.

- Maoz, Zeev: *Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy*. Ann Arbor 2009.
- Matar, Hagai: *Wir alle profitieren von der Besatzung*, in „Haaretz“ 04.06.2013 (Hebr.).
- Miller, Aaron David: *The Much Too Promised Land. America's Illusive Search for Arab-Israeli Peace*. New York 2008. Eine Besprechung des Buches ist in der Menüleiste „Rezensionen“ dieser Homepage verfügbar.
- Nasr, Vali: *The Dispensable Nation. American Foreign Policy in Retreat*. New York and Toronto 2013. Der aus dem Iran gebürtige Autor arbeitete zwei Jahre unter Barack Obama als Berater für den Mittleren Osten. Inzwischen unterrichtet er internationale Beziehungen an der John Hopkins University in Baltimore.
- OCHA: *Communities in the Jerusalem Periphery at Risk of Forcible Transfer*. June 2013.
- Palestine-Israel Journal of Politics, Economics and Culture* vol. 18(2013)4: *The Younger Generation*.
- Palestine Monitor: Factbook 2012*, ed. by the „Palestinian Medical Relief Society“.
- Palestinian notables, statement opposing „Gaza-Jericho First,“ Amman, 1 September 1993, in in „*Journal of Palestine Studies*“ # 90, XXIII(Winter 1994)2, S. 130 f.
- Palestinian Public Opinion Poll # 48*, 13–15 June 2013.
- Pappe, Ilan, und Jamil Hilal: *PALISAD. Palästinensische und israelische Akademiker im Dialog*, in Ilan Pappé und Jamil Hilal: (Hrsg.): *Zu beiden Seiten der Mauer. Auf der Suche nach einem gemeinsamen Bild der israelisch-palästinensischen Geschichte*. Hamburg 2013.
- Peace Index: April 2013*, ed. by the „Israeli Democracy Institute, the Guttman Center“.
- Priori, Alice, und Ulrich Nitschke: *Zu Vertretern des Wandels werden*, in „*Entwicklung und Zusammenarbeit*“ 6/2013, S. 238 f.
- Rachman, Gideon: *Zero-Sum Future: American Power in an Age of Anxiety*. New York 2011.
- Ravid, Barak: *Obama im geschlossenen Gesprächskreis: Netanjahu betreibt eine selbstzerstörerische Politik*, in „Haaretz“ 15.01.2013 (Hebr.).

Shavit, Ari: Israel's spectacular suicide, in „Haaretz“ 13.06.2013.

Slaughter, Anne-Marie: Das Zwei-Staaten-Modell ist das Problem, in „Die Welt“ 28.03.2013.

Sokol, Sam: Hoenlein tells ‚Post‘: We cannot take support of American people for granted, in „The Jerusalem Post“ 13.05.2013, S. 6. Malcom Hoenlein ist der Geschäftsführende Stellvertretende Vorsitzende des Verbandes.

(Witney, Nick:) Nick Witney, European Council on Foreign Relations: Europe and the Vanishing Two-State Solution. May 2013.

World Council of Churches–The Middle East Council of Churches: Statement on Christian presence and witness in the Middle East. Lebanon, 29 May 2013.

www.reiner-bernstein.de
www.judith-bernstein.de
